

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948**

96 (9.8.1948)

Druck u. Verl.: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammtstr. 10-12, Telefon 4081-32, Ausgabest.: Karlsruhe, Rhe-Land, Pforzheim (Eberstr. 10), Bruchsal (Friedrichstr.), Kaufhaus Schardt.



Verkaufspreis 30 Pfg. Monat. Bezugspreis DM 4,40, Post-DM 2,30 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigepre.: Die 10sp. für Karlsruhe/Bruchsal DM 1,-, für Pforzheim DM 1,-.

# NEUZEITUNG

## Fortsetzung der Moskauer Verhandlungen

„Times“: „Es ist Höhepunkt der Narrheit, jetzt den Aufbau Westdeutschlands abzubrechen“

Moskau, 8. Aug. (AP) Wie der Korrespondent der Associated Press von höchst zuverlässiger Seite erfährt, wird auf die Konferenz, die Außenminister Molotow am Freitag mit den drei Vertretern der Westmächte hatte, am Samstag oder am Sonntag eine weitere Zusammenkunft folgen. Sonntag ist der wahrscheinlichere Termin.

Aus unterrichteter britischer diplomatischer Quelle verlautete am Samstag in London, daß die Westmächte mit der Sowjetunion bisher zu keinem Übereinkommen auf breiter Grundlage hinsichtlich neuer Viermächte-Besprechungen über Deutschland gekommen sind.

Die von den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in Moskau vorgeschlagenen Grundzüge für solche Besprechungen ist, wie man liest, dem Vernehmen nach, die Beendigung der sowjetischen Blockade Berlins und als Gegenleistung für das Einverständnis der Westmächte, die Sowjetunion als alleinige Wahrung der Rechte der Sowjetunion in der Konferenz, die der amerikanische Botschafter Walter Bedell Smith, der französische Botschafter Yves Chataigneau und der Beauftragte der britischen Regierung, Frank Roberts, am Freitag mit dem sowjetischen Außenminister hatten, soll eine „gründliche“ Aussprache ermöglicht haben.

## Regierungsrücktritt und 24stündiger Streik als Protest gegen die Demontagen in Württemberg-Hohenzollern

Baden-Baden, 8. Aug. (N.T. - Eigenbericht) Die in Südwürttemberg neuerdings angeordneten Demontagen stellen nach Mitteilungen des südwürttembergischen Wirtschaftsministers einen so schweren Eingriff in das Wirtschaftsleben dar, daß sich die südwürttembergische Landesregierung zum Rücktritt veranlaßt gesehen hat. Die Arbeiterschaft hat sich mit dem Schritt der Landesregierung solidarisch erklärt. Deshalb hat der südwürttembergische Gewerkschaftsbund für Montag, 9. August, ab 7 Uhr, einen 24stündigen Generalstreik aus Protest gegen die angeordneten Demontagen ausgerufen. Lediglich die lebenswichtigen Versorgungsunternehmen sind nicht betroffen. Hingegen wird auch der gesamte Eisenbahnbetrieb stillgelegt sein. Maßnahmen der französischen Militärregierung sind bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

Wie Dena aus Bebenhausen dazu berichtet, gab der stellvertretende Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Prof. Carlo Schmid, am Freitag auf Grund des von der französischen Militärregierung erlassenen Demontagebefehls die Rücktrittserklärung ab. Gemäß der Verfassung wird die Regierung solange im Amt bleiben, bis eine neue vom Landtag gewählt ist.

Der stellvertretende Staatspräsident, Professor Carlo Schmid, gab folgende Erklärung ab: „Die Regierung bezieht die Verantwortung für die Demontagen der Besatzungsmächte getrennten internationalen Vereinbarungen bemüht, heißt es in der Regierungserklärung weiter, ein Änderung der Lage herbeizuführen. Da diese Versuche erfolglos verlaufen seien, sehe sich die Regierung außerstande, die politische Verantwortung für die Beschlüsse des Landes weiter zu tragen und erklärte daher ihren Rücktritt.“

Vor der Erklärung Carlo Schmid hatte Wirtschaftsminister Eberhard Wildermuth

ausgeführt, daß die Art und Weise, wie die Demontagen bisher durchgeführt worden sind, nicht mit dem Völkerrecht vereinbar ist. Die französische Zone sei von den westlichen Zonen am schwersten belastet worden. Die Staatsregierung anerkenne wie jeder Deutsche, der guten Willens ist, grundsätzlich die Verpflichtung zu Reparationen. Wildermuth schilderte dann im einzelnen die Verhandlungen mit der französischen Militärregierung und wies auf den Besuch des damaligen französischen Staatssekretärs für Deutschland-Fragen, Pierre Schneider hin, der in Tübingen erklärte, eine neue konstruktive Periode der Besatzungspolitik werde beginnen. Wildermuth betonte, daß weder eine Steigerung der Erzeugung noch der Ausfuhr möglich sind, wenn weitere Maschinen weggenommen werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Franz Weiß gab bekannt, daß die Entnahme der Besatzungsmacht aus der Landwirtschaft bis zum 30. Juni 1949 Mill. Mark betragen habe, eine Summe, die dem landwirtschaftlichen Erlös eines ganzen Jahres entspricht.

Der Gewerkschaftsbund Württemberg-Hohenzollern hat am Freitagabend beschlossen, wegen der von der französischen Militärregierung angeordneten Demontagebefehle am Montag von sieben bis 19 Uhr in einen allgemeinen Proteststreik zu treten.

Der Proteststreik umfaßt alle Gebiete des öffentlichen Lebens, außer der Milchversorgung für die Bevölkerung. Die notwendigen Operationen in Krankenhäusern sollen ebenfalls durchgeführt werden. Eisenbahn, Post, Druckerei und Setzereien sind ebenfalls zum Streik aufgefordert worden.

In einer Erklärung weisen die Gewerkschaften darauf hin, daß die neuerdings befriedeten Maßnahmen zur Sprengung von Gebieteisen in Odenwald und Friedr. Schacht tiefen Bestätigung hervorgerufen haben. Sie stellen mit Bedauern fest, daß alle Bemühungen seitens der Gewerkschaften, der Regierung und von Vertretern der Wirtschaft zur Verhinderung der Demontagen erfolglos geblieben sind. Eine nicht mehr tragbare Schwächung der Produktion und der Kaufkraft sei nunmehr aufgetreten.

## Deutschland und die Vereinten Nationen

Lake Success, 8. Aug. (AP) Nichts würde die Leistungsfähigkeit der Organisation der Vereinten Nationen mehr stärken als eine Regelung der deutschen Frage. Der britische Außenminister, Lord A. D. Morrison, hat in seinem dritten Jahresbericht an die Vollversammlung der UN.

Er richtet darin an die Großmächte den dringenden Appell, ihren Streit wegen der Deutschland-Politik zu beenden. Die Macht zur keine bestimmten Vorschläge für die Bereinigung der deutschen Streitfragen, fordert aber die UN, die Verhandlungen bald wieder aufzunehmen und zwar nicht allein über Berlin, sondern die gesamte deutsche Frage. Er überlasse es den interessierten Mächten, darüber zu entscheiden, ob sie das deutsche Problem vor das Forum der UN bringen wollen. Wenn sie sich aber dazu entschließen, so sollten sie es nur im Geiste der Verständigungsbereitschaft tun.

Die UN sollten sich nicht nur über die deutsche Frage, sondern auch über die Situation noch die USA mit seiner Kritik. Die USA hätten so zum Beispiel den Teilungsplan der UN für Palästina unterstützt, aber die Durchführung des Planes mit irgendwelchen Vorbehalten. Dagegen habe sich die UN nicht für die Unterstützung der UN boykottiert, wie etwa den Koreaauschuss und den Balkan-Untersuchungsausschuss.

Der Generalsekretär warnt die USA und die Sowjetunion: „Wenn man meint, daß der überwiegende Teil der Weltbevölkerung irgendwie die Absicht habe, sich einem bestimmten Wirtschaftssystem zu verschreiben, sei es auf der Grundlage der kommunistischen Lehre oder der kapitalistischen Gesellschaft oder auf der Grundlage des freien Unternehmertums radikal-amerikanischer Prägung, so irt man sich sehr. Ebenso ist es undenkbar, daß irgendwelche einzelnen Länder eine Gruppe ein neues Imperium gründen oder aufrechterhalten könnte, das entweder auf wirtschaftlicher oder militärischer Macht beruhen würde.“

Ebenso fordert Trygve Lie eilige Maßnahmen zur Einstellung des Wettrennens

## Eine Flucht und eine Umfrage

Berlin, 8. Aug. (Dena) Die Flucht des ehemaligen Generalstaatsanwaltes von Berlin, Dr. Wilhelm Kühnast, die vor einigen Tagen gemeldet wurde, in den amerikanischen Sektor wird vor allem von der Berliner Presse behandelt. Während man in der Stadt, werden überwiegend die Westmächte hätten Dr. Kühnast zu seinem Entweichen aus dem von der Sowjetunion überwachten Hausarrest verholten, und das „Neue Deutschland“ daraus folgert, die Westsektorenpolizei verfolge die Verbrecher nicht, sondern unterstütze sie, beleuchtet der „Telegraf“ den Fall Kühnast von einer anderen Seite.

Er schreibt: „Das Kesselreben gegen Dr. Kühnast wurde inszeniert, weil er den jetzigen kommunistischen Vizepräsidenten der Zentralverwaltung des Innern für die Ostzone, Erich Mielke, und den zweiten Vorsitzenden der SED, Walter Ulbrich, wegen Doppelmordes bzw. wegen Anstiftung zum Mord verhaften lassen wollte.“ Der Telegraf läßt einen ausführlichen Bericht über die Ermordung zweier Polizeioffiziere am 9. August 1931 folgen, an der Mielke und Ulbrich beteiligt gewesen sein sollen.

Neun von zehn befragten Berlinern fürchten in der einen oder anderen Weise für ihr Leben, wenn die Amerikaner sich aus Berlin zurückziehen würden, wie lt. AP aus einem Überblick über die öffentliche Meinung in Berlin am Freitag hervorgeht, den die amerikanische Militärregierung auf Grund einer Umfrage zusammengestellt hat. 51 Prozent der befragten Frauen und 41 Prozent der Männer brachten zum Ausdruck, daß das Leben unter den Russen untragbar sein würde.

Ideologische Gründe für den Wunsch nach einem Verbleiben der Amerikaner in der Stadt wurden überwiegend von Männern geltend gemacht: 26 Prozent der befragten Männer und nur 12 Prozent der Frauen äußerten ihre Abneigung gegen den Kommunismus, während 19 Prozent der Männer materielle Verluste nach einem etwaigen Abzug der Amerikaner aus Berlin befürchteten, haben nur sieben Prozent der befragten Frauen diese Befürchtung.

## Erneute Demontagen in Südbaden

Dr. Lais: Demontage bezweckt Ausschaltung deutscher Konkurrenz

Freiburg, 8. Aug. (Th. Eiz. Ber.) Der südbadische Landtag befaßte sich am Donnerstag mit der neuen Demontageliste für Südbaden und der Ländervereinigung Baden-Württemberg. Der CDU-Abgeordnete Schneider, Konstanz, der innerhalb der CDU lehnt die südwürttembergische Ländervereinigung befürwortet, weil die unsachlichen Äußerungen gegen Württemberg zurück mit dem Hinweis, daß sie nicht geeignet seien, das für einen Zusammenschluß der Länder notwendige Vertrauen zu schaffen. Schneider glaubte feststellen zu können, daß es in keiner Partei Südbadens „bedingungslose Anschlußfreunde“ gebe. Das Ziel eines Zusammenschlusses sei nicht mehr fern. Der Weg dorthin müsse aus dem unerlässlichen Vertrauen willen geprüft werden.

Staatspräsident W. Hele b betonte nach einem Bericht über die letzten Konferenzen: „Eines ist uns klar, die Entscheidung über die Ländervereinigung liegt beim badischen Volk. Es muß uns also die Möglichkeit gegeben werden, wenn nicht die juristische, so doch die faktische Nord- und Südbaden gemeinsam bestimmen zu lassen.“ Wohle begründete seine Forderung nach Staatsvertrag mit Referatsrechten mit der Tatsache, daß es Württemberg, sondern um einen neuen Staat handle. Von seiten der SP wurde das Verhalten der Landesregierung in der Frage der Ländervereinigung als hemmend und nicht dem Volkswillen entsprechend kritisiert. Der demokratische Fraktionsführer Dr. Waldin forderte

## Zeitvergeudung

Die „New York Times“ berichtete nach einer Meldung des New Yorker Rundfunks über eine Episode, die sich in der Sitzung des UN-Wirtschafts- und Sozialrates in Genf abgespielt hat. Der sowjetische Delegierte, Prof. Pawlow, hatte die amerikanische Delegation beschuldigt, die Geschäfte der Konferenz zu verzögern, worauf der Vertreter der USA, William Boardman, entgegnete, in den vergangenen drei Sitzungen hätten die USA-Delegierten siebenmal für insgesamt 28 Minuten das Wort ergriffen, während Pawlow 30 mal insgesamt drei Stunden lang gesprochen habe, länger als alle Delegierten des Rates zusammen genommen.

Prof. Pawlow erwiderte darauf zunächst nichts. Nach einigen Stunden erklärte er dann, es sei nicht so sehr die Quantität der Rede, sondern die Qualität, die die Zeit vergeudet werde. (Dena)

## 24,5 Mill. Dollar zum Warenkauf für die Bizonen genehmigt

Frankfurt, 8. Aug. (Dena) Das Zweimächte-Kontrollamt gab am Freitag bekannt, daß von Washington die Genehmigung zum Einkauf von Waren im Gesamtwert von fast 24,5 Millionen Dollar aus ERP-Mitteln für die Bizonen erteilt wurde.

Die Liste umfaßt folgende Waren (Wert in Dollar): Wolle 4,74 Millionen, Güterwagen- und Lokomotivrepaturen: 4,5 Millionen, Autoreifen und -Schläuche: 3,8 Millionen, Kupfer 2,55 Millionen, Stahl (aus Belgien): 2,5 Millionen, Zeitungspapier: 1,5 Millionen, Holzschiff: 1,456 Millionen, Zinn: 1,0 Millionen, Eisen: 725 Millionen, Glycerin: 0,5 Millionen, Zinn: 0,5 Millionen, Nickel: 164 000 und elektrische Teile für Omnibusse: 100 000. Zu diesen Genehmigungen kommt noch eine weitere, vor wenigen Tagen eingetroffene Anweisung zum Ankauf von Rohgummi im Wert von 1,5 Millionen Dollar hinzu.

Der Gesamtbetrag der bisher zu Gunsten der Bizonen bewilligten Mittel beläuft sich nach Angaben des Zweimächteamtes auf 85,238 Millionen Dollar. Von dieser Summe entfallen auf Lebensmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse 45,33 Millionen und auf Industriegüter 39,908 Millionen Dollar. Der verbleibende Betrag wurde für sonstige Leistungen z. B. Schiffsfrachten aufgewandt.

Die Steg ist auf Grund einer Anordnung des Zweimächte-Kontrollamtes vom Freitag ermächtigt worden, bereits übernommene und zukünftig anfallende Überschussgüter der US-Armee zu exportieren.

## Preisentwicklung - Preisangleichung

München, 8. Aug. (Dena) Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Prof. Dr. Rudolf Eberhard, setzte sich in einer über Radio-München übertragenen Ansprache mit der Kritik auseinander, die vielfach an den im Rahmen des neuen wirtschaftspolitischen Kurses getroffenen Maßnahmen der Frankfurter Wirtschaftsregierung geübt wird. Erhard wandte sich in scharfen Worten gegen die „bankrotte System der Zwangsverteilung“, das man von gewisser Seite in dogmatisch-demagogischer Verbindung wieder künstlich zum Leben erwecken wolle, während es der Wunsch des Volkes sei, sein Leben nach eigenem Ermessen frei zu gestalten.

Die Besorgnis der Gehalts- und Lohnempfänger über den Preis-Anstieg lebenswichtiger Verbrauchsgüter sei zwar verständlich, doch habe die Vermutung einer drohenden sozialen Gefahr gewissenhafter Prüfung nicht stand. Die Erhöhung der Preise sei keine Folge der neuen Wirtschaftspolitik, sondern das Ergebnis einer Angleichung der Preise an das Weltmarktniveau und der Abdeckung von Defiziten im Kohlenbergbau und der Eisenzeugung. Dieser Prozeß der Preisangleichung sei im wesentlichen abgeschlossen. Man müsse jedoch zugeben, daß das Preispendel mitunter nach der entgegengesetzten Seite ausgeschlagen habe. Ein in Vorbereitung befindliches Gesetz gegen Preiswucher, das noch in diesem Monat in Kraft tritt, werde diejenigen Elemente zur Rechenschaft ziehen, die sich einer ungeschickten Bereicherung schuldig gemacht haben. Der verschärfte Wettbewerb werde mit der Zeit dafür Sorge tragen, daß sich die Gewinne der Produzenten und Händler in vernünftigen Rahmen halten. Außerdem werde eine straffe Geld- und Kreditpolitik die deutsche Wirtschaft zu höherer Kraftentfaltung und damit zu dem optimalen und sozialpolitisch günstigen Verhältnis zwischen Lohn und Preis sicherstellen. Der vielfach erhobene Einwand, die Güterproduktion werde nicht zur Deckung des Bedarfs ausreichen, sei unangebracht, als man mit den gegebenen Mitteln haushalten verstehe. Die bereits erkennbaren Auswirkungen des Marshallplanes und der Währungsreform rechtfertigten seinen Optimismus. Da die Frage der Bereitstellung mittel- und langfristiger Kredite vorwiegend in Kürze gelöst werde, könne auch die Produktionsgüter- und Investitionswirtschaft neue Hoffnungen schöpfen. Sich an die Kritiker seiner Politik wendend, sagte Erhard, nichts sei mehr geeignet, die Stabilität der neuen Mark zu untergraben, als die Wiedereröffnung einer staatlichen Güterwirtschaft und eines neuen Preisbildungssystems.

## Im Telegrammstil

Lake Success, 8. Aug. Die israelische Regierung gab am Samstag bekannt, sie sei bereit, jährlich 100 000 jüdische Einwanderer nach Israel einzulassen. (AP)

Der Haag, 8. Aug. Die vier Verschiebungslager Zeltlager bei Frankfurt wurde am Samstag eine Groß-Razzia durchgeführt, bei der von amerikanischen Polizei 10 Kraftfahrzeuge, 2000 Dollar, 30 Büromaschinen aller Art sowie Zigaretten und größere Mengen Lebensmittel beschlagnahmt wurden. Etwa 10 Personen wurden verhaftet. (Dena)

Zürich, 8. Aug. Bei den bayerischen Arbeitssamten wurden Anfang August rund eine Viertelmillion Arbeitslose registriert. Damit ist die Zahl der Unbeschäftigten in Bayern seit der Währungsreform um 50% gestiegen. (Dena)

Penzberg, 8. Aug. Der ehemalige NS-Schriftsteller und Führer der Wehrwolfkompanie, Hans Zöberlein, soll der Vorsitzende eines ehemaligen fliegenden Ständergerichts, Oberleutnant Bauerzweig, wurden am Samstag wegen Ermordung von 13 Penzberger Bürgern dreimal zum Tode und zu drei Jahren Zuchthaus sowie lebenslangem Ehrverlust verurteilt. (Dena)

Hannover, 8. Aug. Mägebliche Kreise der Sozialdemokratie bezichtigten am Samstag den Beschluß des nordrhein-westfälischen Landtages, den Kohlenbergbau in Landesregiment zu überführen, als eines der wichtigsten Ereignisse seit dem Zusammenbruch des Naziregimes. — Der 17jährige Schüler Rudolf Recke, aus Halle an der Saale, der die britisch-sowjetische Zonengrenze illegal überschritten wollte, wurde am Donnerstag auf der Straße Löb- und Salzweid von einem sowjetischen Posten erschossen. (Dena)

Berlin, 8. Aug. Die Nachrichtenkontrollabteilung der amerikanischen Militärregierung (Information Control Division) (ICD) wechselte ihre Bezeichnung in „Informationsdienststelle“ (information service division) (ISD). (Dena)

Südwestdeutscher Grenzausschuß tagt in Karlsruhe

Stuttgart, 8. Aug. (Dena) Der von den Regierungen der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden eingesetzte zehnköpfige Unterausschuß zur Prüfung der Vereinigung der Länder wird am kommenden Dienstag in Karlsruhe zusammentreten.

## Vorschläge zur Wiedergutmachung

Wiesbaden, 8. Aug. (Dena) Der Leiter der Wiedergutmachungsabteilung im Hessischen Justizministerium, Regierungsdirektor Kurt Epstein, gab am Donnerstag Vorschläge zur Handhabung des Lastenausgleiches bei politisch Verfolgten bekannt. Nach Epstein's Ausführungen muß zur Sicherung der zu zahlenden Entschädigungen an politisch, rassistisch und religiös Verfolgte und deren Hinterbliebene ein genügend hoher Betrag aus dem Lastenausgleich im voraus abgezweigt werden.

Personen, die durch den Nationalsozialismus geschädigt wurden, sind nach Epstein Vorschlag von Leistungen, die aus dem Lastenausgleich resultieren, zu befreien. Als Ausgleich hierfür sind die Vermögens der NSDAP, ihrer Gliederungen sowie Kriegsgewinne heranzuziehen. Epstein hält darüber hinaus die Auszahlung einer Entschädigung an politisch Verfolgte zur Sicherung und zum Aufbau ihrer Existenz für notwendig.

## Die letzte Kompanie

Von Resten der ehemaligen deutschen Wehrmacht im ewigen Eis berichtet das „Neue Tageblatt“. Die Amerikaner sollen zur Aufspürung dieser Gruppe deutscher Soldaten, die sich seit der Kapitulation im ewigen Eis des Nordpolargebietes verborgen halten, in Grönland ein eigenes Polarexpeditionskorps aufgestellt haben. Die erste Meldung über diesen Trupp deutscher Wehrmachtangehöriger hat so berichtet die „Blatt“ ein Trupp Eskimos gebracht. Die Amerikaner haben inzwischen mit Radargeräten den Standort der Deutschen gepölpelt: etwa 170 km nördlich von Angmagalik im Innern Grönlands.

Die Geschichte dieses deutschen Außenpostens begann im Jahre 1942, als eine kleine deutsche Flottille die Blockade durchbrach und auf Grönland eine kriegsstarke Kompanie absetzte, die dort eine Wetterstation aufbaute. (Dena)

## Staatsbegräbnis für L. Bock

Baden-Baden, 8. Aug. (Dena) Der Staatspräsident des Landes Württemberg-Hohenzollern, Lorenz Bock, wurde am Samstag auf dem Friedhof in Rotweil am Neckar mit einem Staatsbegräbnis beigesetzt. Als Vertreter von General König war Gouverneur Widmer erschienen. Außer dem Stellvertreter des verstorbenen Staatspräsidenten, Staatsrat Professor Dr. Carlo Schmid und den Abgeordneten des südwürttembergischen Landtages waren als Vertreter deutscher Länder unter anderem anwesend: Die Staatspräsidenten Altmeier und Wohleb und die Ministerpräsidenten Dr. Maier und Stock.

Der französische Außenminister Robert Schuman hat dem stellvertretenden Staatspräsidenten von Südwürttemberg-Hohenzollern, Staatsrat Prof. Carlo Schmid aus Anlaß des Todes von Staatspräsident Lorenz Bock ein Beileidstelegramm übersandt. Weitere Beileidstelegramme gingen vom Senatspräsidenten der Stadt Bremen, Kaiser, vom Berliner Stadtverordneten-Vorsteher, Dr. Suhr, sowie von Jakob Kaiser und dem apostolischen Delegaten für Deutschland, Bischof Dr. Münch von Fargo ein.

## Kurz beleuchtet

Millionen Menschen in Europa suchen nach einer konstruktiven Idee, die sie an die Stelle der des Materialismus und des Totalitarismus setzen können. Die Vorstellung, alles sei aus dem greifbaren Ding zu erklären, genügt nicht mehr. Und die Erfahrung, daß der Staat — irgend ein Staat — jedes Recht der persönlichen Freiheit nehmen kann, hat sich wie ein beständiger Angstmar der Menschen bemächtigt. Wie soll diese Idee beschaffen sein? Ein Amerikaner meint, er habe sie in der Forderung gefunden, daß man sein Tun und Lassen nach dem rechten Recht, nicht nach dem Recht der Mehrheit, richten soll. Das klingt fast zu einfach, aber ein Versuch, auch im kleinsten Kreis des täglichen Lebens, wird zeigen, wie schwer es durchzuführen ist. Es kommt auf den Versuch an, das Ergebnis wird darüber sprechen. (H. B.)

## Ministerialdirektor D. Stettner



Ministerialdirektor D. Stettner, der zur Zeit das württemberg-badische Arbeitsministerium leitet. (Dena-Bild)





